

u-AStA-Info

SONDERAUSGABE

festival contre le racisme



Vom 8 Juni bis zum 16 Juni 2011 finden in Konstanz Aktionstage im Rahmen des bundesweiten *festival contre le racisme* gegen Rassismus, Xenophobie und Ausgrenzung statt. Der U-AStA hat zusammen mit anderen Konstanzer Gruppen einige Veranstaltungen organisiert. Dies soll euch aber nicht daran hindern selbst aktiv zu werden. Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und existiert nicht nur am sogenannten „rechten Rand“. Ob an der Uni, in der Kneipe, im Stadion oder im eigenen Freundeskreis werden wir mit rassistischen Sprüchen, Verhaltensweisen und Anschauungen konfrontiert. Es liegt immer an uns solchen Ressentiments jederzeit und offensiv entgegenzutreten. Und nicht zuletzt kommt es darauf an sein eigenes Ver-

halten zu überprüfen. Oft genug ist es uns nicht einmal bewusst, dass wir gerade rassistisch handeln. Veränderung fängt auch immer bei eine_r selbst an.

Programm:

- **Mittwoch 08.06.11:** Infostand im Foyer
- **Mittwoch 08.06.11 14 Uhr A703:** Vollversammlung mit Inputvortrag zum Thema: EADS, Frontex und die Universität Konstanz
- **Donnerstag 09.06.11 19 Uhr:** Vorführung der Dokumentation „the truth lies in rostock“ im Jugendzentrum Konstanz

• **Mittwoch 15.06.11 19 Uhr:** Vortrag mit Hannes Bode: „Emanzipation oder Regression im Nahen Osten? Warum diese Frage mit eurozentrischen und kulturalistischen Erläuterungen zu den Arabern und dem Islam nicht beantwortet werden kann“ Ort: Schwarze Katz (Katzgasse 8, 78462 Konstanz)

• **Donnerstag 16.06.11 20 Uhr:** Vortrag im Radio Raum (DGB Haus, Beyerlestr. 1, Hintereingang): „Was ist eigentlich Rassismus und warum fahren wir zur IMK?“ mit eine_r Referent_in der Emanzipatorischen Gruppe Konstanz

(Daniel Strobel)

Mehr zum Thema auf Seite 2 und 3

Was zur Hölle macht eigentlich dieser u-AStA?

Liebe Studierende, in letzter Zeit wurden wir hin und wieder leicht vorwurfsvoll gefragt, was wir eigentlich für die Studierenden tun würden. Darauf antworten wir gerne ausführlicher. Folgende Tätigkeitsschwerpunkt sinnvoll zu ordnen, fällt dagegen schwer, da wir keine festgelegte Priorität von einzelnen Themen haben.

Nachhaltigkeit: Wir arbeiten daran, an der Uni Konstanz ein Bewusstsein für nachhaltiges Arbeiten zu schaffen. Diesbezüglich wird versucht, eine Stelle (evtl. in der Verwaltung) einzurichten, die dieses Thema in die Lehre trägt und strukturbildende Maßnahmen in die Wege leitet, um inter- und transdisziplinäre Lehre&Forschung auszubauen. Außerdem setzen wir uns gegenüber dem Rektorat dafür einen neuen Studiengang zum Thema Nachhaltigkeit zu konzipieren (es hat sich bereits eine Arbeitsgruppe gebildet). Gleichzeitig stehen wir in regen Gesprächen mit der Verwaltung, um Konzepte zu entwickeln, den ökologischen Fußabdruck der Universität zu reduzieren.

EADS: Vor einiger Zeit hat die Uni Konstanz mit dem Rüstungskonzern EADS einen Kooperationsrahmenvertrag unterzeichnet. Wir sind daran, zu prüfen, in wie weit eine solche Kooperation in Bezug auf die Zivilklausel der Uni rechtens ist und ob wir eine solche Kooperation unterstützen können.

Lehramt: Während die Modularisierung der Lehramtsstudiengänge unter großem Protest durchgezogen wird und langsam die Konsequenzen sichtbar werden, arbeitet die Landesstudierendenvertretung an Alternativvorschlägen. Ziel ist es, einen Studiengang zu entwerfen, der den Bedürfnissen und Ansprüchen von LehramtsanwärterInnen genügt und sie zu ihrem anspruchsvollen Berufsziel befähigt.

Promovierende: Ganz aktuell versuchen wir, eine strukturierte Vernetzung mit der Gruppe der DoktorandInnen zu organisieren. Jene zählen auch zu den Personen, die vom u-AStA ganz offiziell vertreten werden (zum Beispiel im Senat). Bis jetzt bestanden kaum Anknüpfungspunkte zwischen Promovierenden und u-AStA. Ziel ist es, ab dem nächsten Semester

kontinuierliche Kommunikationswege zu schaffen und beispielsweise ein Referat für Promovierende im u-AStA einzurichten, das im besten Fall auch von einem Doktorand/ einer Doktorandin betreut wird.

Partys: Einmal im Semester veranstaltet der u-AStA die berühmt-berüchtigte Uni-Party für ca. 3000 Studierende. Der Gewinn dient der Finanzierung von Angeboten wie Rechtsberatung, KUK, Fahrradwerkstatt, und anderem.

Materialverleih: Während der Präsenzzeiten des u-AStA können Mitglieder der Universität, insbesondere die Studierenden und Promovierenden, beim u-AStA gegen Pfand Dinge ausleihen wie beispielsweise Waffeleisen, Glühweinkocher, Biertische und -bänke, Herdplatten und Kaffeemaschinen. Wenn ihr spezielle Anschaffungswünsche habt, meldet euch per E-Mail an asta@uni-konstanz.de

Service: In unseren Präsenzzeiten helfen wir bei alltäglichen Dingen, die das Studierendenherz belasten. Wir organisieren für euch die wöchentlich stattfindende, kostenlose Rechtsberatung (Mittwochs, 12:30-14 Uhr in D435) und sind AnsprechpartnerInnen, wenn es darum geht, dass ihr irgendetwas an der Universität zu bemängeln habt.

Informationsarbeit: Wesentliche Aufgabe des u-AStA, insbesondere des Referates PÖP („Presse, Öffentlichkeit, Propaganda“) ist es, die Studierenden der Uni Konstanz darüber zu informieren, was aktuell geschieht. So wird regelmäßig das sogenannte u-AStA-Info herausgegeben und in Zukunft wird es weitere Informationsbroschüren geben, an deren Vorbereitung wir aktuell arbeiten. Ferner beantworten wir ca. 20 E-Mails am Tag.

Öffentlichkeitsarbeit: Nicht nur die Studierenden müssen informiert werden, es ist auch eines unserer größten Anliegen, die übrigen relevanten Stellen innerhalb der Uni (wie zum Beispiel Verwaltung und Rektorat) von den Anliegen der Studierenden zu überzeugen. Verfasste Studierendenschaft, Studiengebührenrück-

forderung, Bibliotheksschließung,... Das alles erfordert viel Überzeugungsarbeit für die gute Sache.

Gremien: Wir nehmen an zahlreichen Sitzungen jede Woche teil, die oftmals nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, aber eine wichtige Aufgabe der Studierendenvertretung darstellen. Beispielsweise konnte durch unsere Gremienarbeit verhindert werden, dass die Pausenverkürzung bereits am dem nächsten Wintersemester 2011/12 in Kraft tritt, obwohl erst 2012 die Doppeljahrgänge an die Universität drängen. Gleichzeitig entsenden wir VertreterInnen in die Gremien des Studentenwerks seezeit, dem Runden Tisch der Sozialberatung und der Arbeitsgruppe Qualitätsmanagement um eure Interessen zu vertreten. Außerdem haben u-AStA Vertreter am Krisenstab der Universität teilgenommen, der im Zuge der Bibschließung einberufen wurde, um dort die Probleme der Studierenden auf Grund der Bibschließung zu erklären.

Vollversammlung: Der u-AStA organisiert mindestens zweimal im Semester eine studentische Vollversammlung, an der alle immatrikulierten Studierenden und DoktorandInnen teilnehmen können. Dadurch bieten wir jeden einen Raum, der ein bestimmtes Anliegen hat und darüber mit den Studierenden diskutieren oder den u-AStA mit der Umsetzung des Anliegens beauftragen will.

Senat: Nach längerem Kampf ist es uns gelungen, im Rahmen der Grundordnungsänderung der Universität, durchzusetzen, ab sofort mit vier, anstatt mit drei studentischen SenatorInnen im höchsten universitären Gremium vertreten zu sein. Dies wirkt sich zwar nicht besonders auf die Zusammensetzung des Gremiums aus, da wir weiterhin nur vier von inzwischen 28 Senatsmitgliedern stellen. Gerade aber für die Koordination und Rücksprache mit den Fachschaften wird sich eine weitere Person sehr positiv auswirken. Sonst werden im Senat Angelegenheiten besprochen, die die ganze Universität betreffen (Plagiatsaffäre, Gleichstellungspolitik). Darüber hinaus werden die neuen ProfessorInnen, die an die Uni berufen werden, vom Senat final abgesegnet oder abgelehnt.

(Kim Schuchhardt, Stephan Kühnle, Lukas Mitsch)

Kooperationsvertrag mit EADS

EADS steht für „European Aeronautic Defence and Space Company“ und ist ein Luft-, Raumfahrt-, Rüstungskonzern in Europa. EADS hat auch Standpunkte in Friedrichshafen am Bodensee. Dort stationiert ist die EADS-Tochterfirma ASTRUM, welche sich auf die „Entwicklung und den Bau von Satelliten, Sonden und Instrumenten zur wissenschaftlichen Erforschung des Weltalls, der Erdbeobachtung und der Meteorologie“ spezialisiert[1]. Dies klingt zunächst harmlos, doch forscht man in Richtung des Begriffs „Erdbbeobachtung“ nur minimal weiter, so kommen interessantere Dinge zu Tage: Es ist die Firma EADS ASTRUM, welche Satelliten baut für das EU-Programm GMES (Global Monitoring for Environment and Security)[2]. GMES erhebt teilweise unter dem Deckmantel ökologischer Angelegenheiten, wie zum Beispiel Vorhersage und Katastrophenhilfe bezüglich Umweltkatastrophen, per Satellit Daten, die nachher auch von Militärs genutzt werden. Außerdem gehören zu GMES die Programme LIMES (Land and Sea Monitoring for Environment and Security) und MARISS (Maritime Security Services). Beide sind Programme, die sich mit der direkten Flüchtlingsabwehr beschäftigen[3]. GMES arbeitet im Auftrag der EU-Kommission auch direkt zusammen mit einschlägigen Agenturen wie FRONTEX um eine „Lückenanalyse der gegenwärtigen und künftigen Nutzung von Satelliten für Zwecke der Grenzüberwachung“ durchzuführen.[4] Die gemeinten Satelliten stammen beispielsweise von EADS ASTRUM. MARISS ist übrigens auch direkter Partner von EADS ASTRUM.[5] Warum interessiert uns das? Weil es so interessant ist, wenn man sich mit der Harmlosigkeit von EADS ASTRUM beschäftigt.

Seit einigen Wochen besteht zwischen EADS, EADS ASTRUM und der Uni Konstanz ein Kooperationsrahmenvertrag, welcher den Weg ebnet für künftige Kooperationen. Dieser Rahmenvertrag selber legt die Inhalte der Kooperationen nicht fest, sondern festigt im Grunde nur den Willen zusammenzuarbeiten. Doch genau hier liegt ein Teil des Hasen auch schon begraben: Der Rahmenvertrag beinhaltet keinerlei thematische Ausrichtung, EADS weist allerdings einige Themenschwerpunkte auf, die mit der bestehenden Zivilklausel der Uni Konstanz nicht vereinbar wären. In der Konstanzer Zivilklausel von 1991 verpflichtet sich die Uni selber, dass „Forschung zu Rüstungszwecken, insbesondere der Erzeugung von Massenvernichtungswaffen, an der Universität Konstanz keinen Platz hatte und auch in Zukunft keinen Platz haben wird“ [6]. EADS allerdings betreibt Rüstungsindustrie und hat natürlich Interesse an einschlägiger Forschung. Die Rüstungsangebote bei EADS reichen von A wie AIRBUS (ebenfalls Tochterfirma von EADS) Last- und Tankflugzeugen [7] für militärische Einsätze über L wie Lenkflugwaffen und K wie Kommunikationssysteme für Militärs bis hin zu Z wie Zielerkennungsfunktionen für beispielsweise Drohnen.[8]. Ist das Grund genug für die Uni Konstanz, aus einem solchen Kooperationsvertrag auf der Stelle auszutreten, bzw. ihn erst gar nicht zu unterzeichnen? Wenn man unseren Rektor zitiert, ist nichts weiter dabei, denn EADS sei ja „kein reiner Rüstungskonzern sondern ein recht breit aufgestellter Hochttechnologiekonzern“ und macht deshalb außer Rüstung noch ganz viele andere tolle Sachen. Darunter fällt dann beispielsweise der Satellitenbau für FRONTEX.

Mit diesem Text soll eine breite Diskussion an der Uni Konstanz angestoßen werden, darüber, ob die Uni mit Firmen wie EADS kooperieren muss/soll/kann/darf und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Des Weiteren soll die Frage aufgeworfen werden, ob wir eine neue Zivilklausel brauchen, wenn die alte offenbar nicht mehr zieht und/oder nicht beachtet wird?

Quellen:

- [1]: <http://www.astrium.eads.net/>
- [2]: <http://www.astrium.eads.net/en/programme/gmes.html>
- [3]: <http://www.gmes.info/pages-principales/projects/security-projects/former-security-projects/>
- [4]: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0068:FIN:DE:HTML>
- [5]: <http://www.gmes.info/pages-principales/projects/project-database/database-of-projects/?idproj=101&what=1&page=8&cHash=9a7bee78289be4d64bd25e9e809b27c4>
- [6]: http://www.asta.uni-bremen.de/?page_id=5048
- [7]: <http://www.airbus.com/aircraftfamilies/military-aircraft/c-212/>
- [8]: <http://www.eads.com/eads/int/en.html>

Zivilklausel:

<http://www.zivilklausel.uni-koeln.de/>
<http://asta.studierendenschaft-giessen.de/downloads/file/91-flyer-kriegsforschung-oder-zivilklausel>

(Kim Schuchhardt)

Was ist FRONTEX?

Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU (kurz FRONTEX aus dem Französischen für Frontières extérieures), ist eine Gemeinschaftsagentur der EU mit Sitz in Warschau. Am 26. Oktober 2004 verabschiedet der Rat der Europäischen Union eine Verordnung zur Schaffung der „Grenzschutzagentur“. Leitender Direktor von Frontex ist Ilkka Laitinen.

AUFGABEN:

-Flüchtlingsabwehr

Ihre Hauptaufgabe, so sieht es die Verordnung vor, sollte in der Verbesserung der Koordinierung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenze der Mitgliedstaaten liegen

- Sicherung der Grenzen

u.a. durch RABITs (Rapid Border Intervention Team), ein Pool von Grenzschutzpersonal, das in Krisensituationen eingesetzt werden kann. RABITs ist auf dem Weg eine eigenständige Grenzschutzbehörde von Frontex zu werden

- Ausbildung von Grenzschutzbeamten an nationalen Grenzen

- „Rückführungsaktionen“ von Flüchtlingen,

d. h. Abschiebungen von Personen aus Drittstaaten

- Unterstützung von Mitgliedstaaten

in Situationen, die unmittelbar einen erhöhten technischen und personellen Bedarf erfordern

FINANZIERUNG:

Frontex wird durch Zuschüsse der EU, Beiträge der Mitgliedsstaaten des Schengen-Abkommen finanziert, also auch durch deutsche Steuergelder.



Foto: Maximilian Sufel

KONTROLLE UND VERWALTUNG:

Das oberste Gremium von Frontex ist der Verwaltungsrat. Er setzt sich zusammen aus den Vertretern der EU-Mitgliedstaaten (hierbei handelt es sich meist um die höchsten Beamten der nationalen Grenzpolizeien). Der Verwaltungsrat ernennt auf Empfehlung der EU-Kommission den Exekutivdirektor und seinen Stellvertreter. Der Verwaltungsrat legt das Arbeitsprogramm, welches der Exekutivdirektor vorschlägt, sowie Entscheidungen über Budget und Personal fest. Dem Haushalt der EU und damit auch den Zuschüssen für Frontex muss das Europäische Parlament zustimmen. Hierauf

beschränkt sich die parlamentarische Kontrolle der Agentur.

PROBLEME / KRITIK:

Frontex handelt in einer rechtlichen Grauzone. Frontex verstößt massiv gegen das europäische Menschenrecht, Seerecht und die Genfer Flüchtlingskonvention. Sie versuchen mit militärischen Mitteln die Flüchtlinge am Grenzübertritt zu hindern. Jeder Mensch hat Recht auf einen Asylantrag! Sie dürfen auch nicht zurückgeschoben werden, wenn ihnen möglicherweise Verfolgung oder Misshandlung droht. Sie zwingen Flüchtlinge mitten auf hoher See zur Umkehr. Diese kommen jedoch in kleinen, überfüllten Booten. Sie sind jedoch nicht im Stande lebend wieder zurückzukehren, da sie meistens weder Treibstoff noch Trinkwasser haben. Das bedeutet unterlassene Hilfeleistung in einer lebensgefährlichen Situation von Frontex. Frontex wird kaum kontrolliert. Sie müssen nur Protokolle über ihre Aktionen führen, die sie jedoch beliebig schwärzen dürfen. Da es keine klare Kontrollinstanz gibt, kann Frontex relativ willkürlich und eigenmächtig handeln. Dies zeigt sich in der aggressiven, militärischen Flüchtlingsabwehr, der fast als Krieg bezeichnet werden kann. Menschen die den Flüchtlingen auf hoher See Hilfe leisten werden der Schlepperei bezichtigt, als Verbrecher dargestellt und schließlich droht ihnen ein Prozess. Das bekannteste Beispiel dazu ist der Fall von Elias Bierdel und der Cap Anamur. (Recherche: Daniel Strobel)

Regelmäßige Termine

u-ASTA-Sitzung: Do, 18:00, H301a, öffentlich

FSRT-Sitzung: Mo, 12:00, D435, öffentlich

AK Zeitung: Mo, 14:00, G401

AK Wohnen: Mi, 18:00, G401

Rechtsberatung: Mi, 12:30-14:00, D435

Fahrradwerkstatt: Mo-Fr, 12:15-14:00, Keller im E-Gebäude

ASTA-Café: Mo-Fr, 12:30-14:00 (mindestens), H301b, Kaffee, Tee, Gespräche,...

Lumière-Kino: Di, 20:00, Audimax, 2,50 €

Fair-Trade-Stand: Mo, 14:00-16:00, Di & Mi 12:00-14:00, Do 12:00-16:00, ASTA-Café (H301b)

Kontakt zum u-ASTA

Büro: H 301a (neben ASTA Café)

Präsenzzeiten: Mo-Do 10-16 Uhr, Fr 10-14 Uhr

Telefon: 07531/88-2517

E-Mail: asta@uni-konstanz.de

Website: www.asta.uni-konstanz.de

Pinnwand: Ebene B4 gegenüber Treppe zu A5/Foyer

Bündnisaufruf gegen die IMK

Bundesweite Demo am 22. Juni gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt

Am 22. Juni findet in Frankfurt am Main die Innenministerkonferenz (IMK) 2011 statt, an der die Innenminister aller Bundesländer teilnehmen. Dagegen rufen wir zu massiven Protesten auf. Denn die IMK ist eine der zentralen Institutionen, die heute die Kriminalisierung sozialer Konflikte vorantreibt und öffentlich legitimiert.

Mit der Einschränkung des Versammlungsrechts, „Loyalitätstests“ für EinwanderInnen, der Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wie z.B. der Vorratsdatenspeicherung, der brutalen Abschottung Europas gegen MigrantInnen, der Propagierung der Extremismustheorie, usw. wird von staatlicher Seite aktuell auf sozialen Konflikte reagiert. Die mediale Kampagnen zu „Kriminalität“ und „innerer Sicherheit“ wollen uns glauben machen, dass die Aufrüstung des Staatsapparats nach Innen und Außen in unser aller Interesse ist. In Wirklichkeit dient sie dazu, die kapitalistische Verwertungslogik und die fortschreitende Ökonomisierung aller Lebensbereiche abzusichern und den Widerstand gegen dagegen zu kontrollieren. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen dem Ziel der nationalen Standortkonkurrenz im globalen Wettbewerb untergeordnet werden.

Das zeigt sich auch deutlich in der aktuellen Integrationsdebatte: Menschen werden nach rassistischen und sozialdarwinistischen Kriterien entsprechend ihrer Herkunft und anhand ihrer ökonomischen Verwertbarkeit sortiert. Wer nicht verwertbar ist oder sein will, wird ins Elend abgeschoben oder gar nicht erst nach Europa herein gelassen. Gesellschaftliche Teilhabe, globale Bewegungsfreiheit und demokratische Mitbestimmung gelten hier nicht als unveräußerliche soziale Rechte, sondern als großzügige Zugeständnisse, die mensch nur um den Preis erhalten soll, dass er/sie sich

immer wieder als ökonomisch verwertbar und politisch loyal beweist. Rechtspopulisten wie Thilo Sarrazin greifen bloß verbal auf, was schon längst politische Praxis in Deutschland ist.

Doch es regt sich Widerstand. In vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kommt es immer öfter zu Konflikten. Von Abschiebung Bedrohte, Azubis, SchülerInnen, Studierende, Erwerbslose, Lohnabhängige und MigrantInnen entziehen sich europaweit dem staatlichen Anspruch einer autoritären Zurichtung der Bevölkerung. Sie umgehen unter Lebensgefahr die Grenzkontrollen von FRONTEX und Co. aus, sie verweigern sich den brutalen Kürzungspaketen für den Standort Europa, sie boykottieren in zivilgesellschaftlichen Initiativen den Bekenntniszwang des Verfassungsschutzes und sie tricksen die staatlichen Überwachungstechniken aus – im virtuellen Raum oder auch im Real Life, in den Arbeitsagenturen und Universitäten. All diese verschiedenen Proteste und Widerstandsformen verweisen dabei auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Forderung: Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich nach den Bedürfnissen der Menschen zu richten, nicht nach den Kriterien von wirtschaftlichem Profit und staatlicher Macht. Stattdessen soll die Organisation der Gesellschaft von den Menschen selbst bestimmt sein.

Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir genau dies als gemeinsames Ziel formulieren und erkämpfen. Wir wollen daher die IMK in Frankfurt zum Kristallisationspunkt eines grenzüberschreitenden Widerstands gegen soziale Ausgrenzung, ökonomische Verwertung und staatliche Disziplinierung machen. Statt einer weiteren Kriminalisierung sozialer Konflikte wollen wir

eine solidarische Einrichtung der Gesellschaft, anstelle der Ökonomisierung unseres Lebens wollen wir eine Demokratisierung aller Lebensbereiche. Wenn diese bescheidenen Bedürfnisse die „innere Sicherheit“ des Standorts Deutschland stören, dann stören wir gerne.

Wir kommen um zu stören – IMK auflösen!

22. Juni – 18 Uhr – Hauptwache – Frankfurt am Main

(<http://imkaufloesen.blogspot.de/>)

UnterstützerInnen:

Antifaschistische Aktion Ulm / Neu-Ulm
Infoladen Aschaffenburg
U-ASTA der Uni Konstanz
ASTA Goethe Uni Frankfurt
Sozialrevolutionäres Krisenbündnis Frankfurt
antifa [ko]
autonome antifa [f]
campusantifa frankfurt
FAU-Gewerkschaft für alle Berufe Frankfurt/M
ÖkoLinX-Antirassistische Liste Frankfurt/M
Ökologische Linke Frankfurt/M
Emanzipatorische Gruppe Konstanz
Fuego – Radikale Linke Alsfeld
USTA PH Freiburg
Antifa Euskirchen/Eifel
Ums Ganze Bündnis – <http://umsganze.de/>
linksjugend [solid] Hessen
ASTA Uni Marburg
APO-Ref des USTA der PH Freiburg
USTA PH Freiburg
Kurdische Jugend Frankfurt
Bund Deutscher PfadfinderInnen Ortsgruppe Schwalbach
Bündnis antifaschistischer Gruppen Hessen (BASH) – <http://bash.blogspot.de>
antinationale.org (Saarland)
Antifa EU/Eifel
Anarchistische Gruppe Freiburg
FAU Darmstadt
AStA TU Darmstadt
Autonome Antifa Heidenheim

Illegale Menschen - Staatlicher Rassismus

Deutschlands und Europas Abschiebepaxis

Hört mensch den Begriff Rassismus wird oft zuerst an Gewalttaten von Neonazis gedacht. Glatzköpfe in Bomberjacken und mit Stiefeln, dumpf und brutal, verprügeln und jagen Ausländer. Verfolgt mensch den öffentlichen Diskurs scheint es sich dabei um eine kleine Minderheit von Extremisten zu handeln, Unverbesserliche die sich mehr oder weniger außerhalb der Gesellschaft bewegen. Das dieses Bild nicht haltbar ist, zeigt ein kurzer Blick in mache Regionen der neuen Bundesländer. Da ist der nette Fußballtrainer von nebenan in der NPD und die hilfsbereiten Dorfjungs sind auch mal schnell beim „Kanacken klatschen“ dabei. Aber alles nur halb so wild, da „Die jungen Leute halt nochmal über die Stränge schlagen, aber das mit dieser Überfremdung hier in Deutschland das stimme ja eigentlich schon und wenn die Politiker nichts machen, dann muss man halt die Sache selbst in die Hand nehmen.“ So was endet dann gern auch mal wie in Mügeln 2007, als ein rassistischer Mob acht Inder während eines Dorffestes durch die Stadt jagte oder wie 1992 in Rostock Lichtenhagen, als sich der gesunde Volkszorn gegen ein Asylbewerberheim und ein Wohnhaus, welches von Vietnamesen bewohnt wurde, richtete. Der durchschnittliche Deutsche und wohl auch das Gros der an diesen rassistischen Pogromen beteiligten, würde sich auf Nachfrage jedoch sicherlich nicht als Rassist bezeichnen. Ganz davon abgesehen, dass die Politik und die staatlichen Einrichtungen sich sehr wohl an rassistischen Aktionen aktiv beteiligen. Jeden Tag werden in Deutschland sogenannte „illegale Einwanderer“ von der Polizei gesucht, in „Ausreisezentren“ inhaftiert und dann in ihr Herkunftsland „zurückgeführt“. Das sie dort entweder der sichere Tod oder ein Leben in bitterer Armut erwartet interessiert die deutschen Behörden

reichlich wenig. Und als wäre das alles nicht Genug macht sich der rechte Rand der Sozialdemokratie, mit ihrem Sprecher Thilo Sarrazin und seinem Hofblatt der Bildzeitung daran eine diskursive Querfront mit Rechtspopulisten, Sozialdarwinisten und Neonazis zu schmieden. Hauptsache es geht gegen die unproduktiven, dem ehrlichen, steuerzahlenden Arbeitnehmer und seiner über alles vergötterten Schicksalsgemeinschaft Deutschland auf der Tasche liegenden, Integrationsverweigerer.

Aber genug von der Polemik. Es sollte klar geworden sein das Rassismus ein nach wie vor existierendes Problem ist. Seit 1990 wurden in Deutschland über 150 Menschen von Neonazis ermordet. Dies ist nur die Spitze eines Eisberges von ungezählten physischen und verbalen Angriffen denen MigrantInnen sich jeden Tag in Deutschland ausgesetzt sehen und diese Angriffe gehen bei weitem nicht nur von organisierten Faschisten aus. Rassismus spaltet in ein „Wir“ und ein „die Anderen“. Zum „Wir“ gehören in der vorherrschenden Meinung alle Leistungsträger der Gesellschaft, alle die für den Standort Deutschland Tag ein, Tag aus ohne ein Murren schuften und fleißig Steuern zahlen und sich an alle Regeln und Gesetze halten. „Die Anderen“ sind die Integrationsverweigerer und Sozialschmarotzer, d.h. illegalisierte MigrantInnen und Hartz 4 Empfänger. „Die Anderen“ sind alle die sich nicht in die kapitalistischen Verwertungsinteressen des Standorts Deutschland einpassen lassen. Um in der globalen Staatenkonkurrenz zu bestehen muss der Nationalstaat optimale Bedingungen für eine reibungslose Kapitalakkumulation schaffen. Ein Zuzug von unqualifizierten Wirtschaftsflüchtlingen aus den Ländern der kapitalistischen Peripherie ist dabei jedoch nicht erwünscht. Rein ins nationale Kol-

lektiv dürfen nur Fachkräfte, sprich für den Standort nützliche MigrantInnen. Der Rest wird entweder schon an der EU Außengrenze „abgewehrt“ oder sollte der oft nahezu selbstmörderische Sprung nach Europa gelungen sein, hier festgesetzt und in das Elend ihrer Herkunftsländer abgeschoben. Aber auch den legalen „deutschen mit Migrationshintergrund“ wird Dampf gemacht. Können sie, aufgrund von verfassungsrechtlichen Gründen, nicht abgeschoben werden, so sollen sie doch wenigstens ihren Teil für die Gemeinschaft leisten und nicht nur Faul bei Bier und Kippen vor dem Fernseher liegen. 1€ Jobs, wie Kinderbetreuung oder Schneeschippen und Laubsammeln, sprich eine Art moderner Arbeitsdienst für Transferleistungsabhängige, sind angesagt. Wer solche „gemeinnützigen“ Jobs verweigert, bekommt seine Bezüge gekürzt und muss sehen wie er oder sie klarkommt.

Aber warum sollte mensch Lust haben sich für Nation und Kapital kaputtzuschuften? Wenn der Sinn der Ökonomie einzig in der Verwertung des Wertes und nicht in der Bedürfnisbefriedigung der Menschen besteht, dann sind wohl nicht Wirtschaftsflüchtlinge oder Transferleistungsabhängige anzugreifen, sondern das ökonomische System. Und wenn staatliche Exekutivorgane Abschiebungen und Grenzabschottung organisieren, dann ist Solidarität mit den Betroffenen das Gebot der Stunde und nicht chauvinistische Hetze. Und wenn sich wie demnächst in Frankfurt am Main, die Innenminister aller Bundesländer treffen um sich neue Drangsalierungsmaßnahmen einfallen zu lassen, dann ist dem eine radikale Absage an Staat, Nation und Kapital entgegenzusetzen. In diesem Sinne: Auf nach Frankfurt – IMK auflösen !

(Daniel Strobel)

Studentische GremienvertreterInnen gesucht

Mit Blick auf das kommende Wintersemester stehen wieder einmal die Gremienwahlen für unsere StudierendenvertreterInnen an. **Gewählt wird in der FSRT-Sitzung am 20.06.11. [12:00 c.t., D435]** Folgende Gremien müssen besetzt werden (Anzahl gesuchter ständiger studentischer VertreterInnen in eckigen Klammern):

- Ausschuss f. Forschungsfragen (AFF): [1]
- Ausschuss f. Kommunikation & Information (AKI): [2]
- Ausschuss f. Lehre & Weiterbildung (ALW): [3] (+3)¹
- Ethik-Kommission: [1]
- Gleichstellungsrat (GR): [2] (+2)²
- Beirat Zentrum f. Lehrerbildung (ZLB): [2]
- Beirat Sprachlehrinstitut (SLI): [2]
- Zentraler Prüfungsausschuss (ZPA): [2]
- Schlichtungsausschuss: [1]
- Ausschuss f. Auslandsstipendien (AAS): [1]

¹ Drei ständige Mitglieder + 3 bei Fragen zur Verwendung von Studiengebühren

² Zwei ständige Mitglieder + Vertretungen

Die Amtszeit für alle studentischen Vertreter beträgt ein Jahr, eine direkte Wiederwahl ist möglich. Da die Sitzung am 13.06. Pflingstmontag-bedingt ausfällt, wird den Interessenten die Möglichkeit gegeben, sich dem FSRT in der Sitzung vom **06.06.11 (12 Uhr s.t., D435) oder Dienstag(!), den 14.6. um 12.00 in G201** vorzustellen. Wer diesen Termin nicht wahrnehmen kann, kann sich auch jederzeit schriftlich beim FSRT-Koordinator unter Felix.Kuehnel@uni-konstanz.de melden, ggf. mit einem Motivationsschreiben und Bewerbung etc.

Was ist eigentlich...

der ALW? Der Ausschuss für Lehre und Weiterbildung beschäftigt sich mit allen Fragen der Lehre und der Entwicklung des Lehrprofils der Universität. Er ist insbesondere befasst mit Empfehlungen zur Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen. Der Ausschuss für Lehre und Weiterbildung ist zuständig für die Begutachtung von Lehrprojekten. Er entwickelt

allgemeine Richtlinien für die Evaluierung der Lehre und des Studiums und zur Verteilung der laufenden und der projektbezogenen Mittel für die Lehre. Der ALW hat drei ständige Mitglieder und drei zusätzliche bei Fragen bzgl. Studiengebühren

der AFF? Der Ausschuss für Forschungsfragen berät das Rektorat und den Senat in allen Fragen der Förderung und Entwicklung des Forschungsprofils der Universität. Er ist insbesondere zuständig für die Begutachtung interner Forschungsprojektanträge, und er erarbeitet Förderempfehlungen, insbesondere für den wissenschaftlichen Nachwuchs, an das Rektorat. **der AKI?** Der Ausschuss für Kommunikation und Information berät das Rektorat und den Senat in Angelegenheiten der Informationsinfrastruktur (Bibliothek, elektronische Kommunikation, Nachrichtentechnik und Archive).

die Ethik-Kommission? Die Ethikkommission beurteilt Forschungsvorhaben, die an Lebewesen durchgeführt werden. Dabei werden ethische, rechtliche und soziale Maßstäbe herangezogen.

der Gleichstellungsrat? Der Gleichstellungsrat beschäftigt sich mit Fragen der Gleichstellung sowohl zwischen den Geschlechtern als von Menschen, die durch familiäre oder gesundheitliche Umstände beeinträchtigt sind. Tätigkeitsfelder sind zum Beispiel die Organisation und Durchführung von Projekten und Veranstaltungen. Hier werden zwei ständige Mitglieder gewählt und zwei VertreterInnen

der Beirat für das Zentrum f. Lehrerbildung? Der Beirat für das ZLB diskutiert Fragen, welche die LehrerInnenbildung betreffen. Leider ist in den vergangenen Jahren hier die notwendige Grundsatzdiskussion bezüglich der LehrerInnenbildung ausgeblieben. Engagierte Lehramtsstudierende sind gefragt und willkommen!

der Beirat für das Sprachlehrinstitut? Der Beirat ist das beratende Organ des Sprachlehrinstituts. Wenn ihr hier etwas verbessern wollt, tut euch keinen Zwang an!

der Zentrale Prüfungsausschuss? Der ZPA übernimmt auf zentraler Ebene die Aufgaben des ständigen Prüfungsausschusses (Fachbereichsebene), beschäftigt sich also mit der Auslegung von Prüfungsordnungen und der Bearbeitung von Anträgen wie z.B. Härtefallanträgen.

Der Schlichtungsausschuss? Wissen wir auch nicht. Ihr dürft es gerne herausfinden.

Der Ausschuss f. Auslandsstipendien? Hier wird über die Bewerbungen für Plätze und Stipendien für Auslandssemester entschieden. Wenn ihr hier mitmachen wollt, dürft ihr aus Gründen der Befangenheit nicht im gleichen Jahr selber eine Bewerbung einreichen.

(Kim Schuchhardt & Nele Kröger)

Künstler gesucht für KUK Kultur Nacht am 1. Juli 2011



Am 1. Juli 2011 findet im K9 die Kultur Nacht des KUK statt! Liebe Künstler, bewirbt euch bis zum 24. Juni per E-Mail an: kultur@uni-konstanz.de

Mehr Infos auf unserer Facebook-Seite: **KUK-KulturUniKonstanz**

Der KUK sucht Verstärkung



Liebe Studierende, der KUK (KulturUniKonstanz) sucht Verstärkung! Wir organisieren Kulturnächte, Kreativmärkte, Lesungen und vieles mehr, um mehr Kultur im kleinen Konstanz zu etablieren. Wer teilhaben will: Wir treffen uns jeden Montag um 20.30 Uhr im ExxTRA und freuen uns auf neue Gesichter.

E-Mail: kultur@uni-konstanz.de

Vollversammlung am 8. Juni 2011, 14:00 Uhr in A 703

Am 8. Juni 2011 findet um 14:00 Uhr (s.t.) in Raum A703 die nächste studentische Vollversammlung statt.

Stimmberechtigt sind alle an der Universität Konstanz immatrikulierten Studierenden und DoktorandInnen.

Anträge auf Behandlung von Tagesordnungspunkten sollten zusammen mit eventuellen Beschlussanträgen möglichst bis zum Tag vor der VV auf Folie beim u-AStA vorliegen.

Tagesordnung:

TOP 1: StuPa - wie gehts weiter? Ausgang und Folgen der Urabstimmung

TOP 2: Inputvortrag zum Thema: EADS, Frontex und die Universität Konstanz

TOP 3: Glasverbot am Seerhein

TOP 4: Geld aus Parkraumbewirtschaftung

TOP 5: Sonstiges

